



## **Interpellation Nr. 173 2004/2008**

Eingang Stadtkanzlei: 19. September 2006

### **Wird Kindererziehung vollends zur Staatssache erklärt?**

Ab Januar 2007 wird im Rahmen einer 40-Prozent-Stelle und wie üblich im Rahmen eines so genannten „Pilotprojektes“ (bevor dieses Provisorium auch wie üblich zum Definitivum erklärt wird) eine „Super Nanny“, oder wie es im schönsten Soziologendeutsch heisst, eine „Familienarbeiterin“ im Rahmen des Projektes „Konzeptorientierte Familienarbeit“ (KOFA) in die Stadtdienste aufgenommen.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass sich unsere Obrigkeit, also der Stadtrat, in die intimsten Bereiche der Bürger einmischen, sie regelrecht bevormunden will, indem er beginnt, eine staatlich gelenkte Familienerziehung zu installieren.

Die SVP-Fraktion bittet um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Handelt es sich bei diesen 100'000 Franken (Kosten der Super Nanny) um eine Vollkostenrechnung (inkl. Arbeitgeberbeiträge, Arbeitsplatzkosten, Fremdspesen etc.) oder handelt es sich bei diesen 100'000 Franken um Nettolohnkosten für die „Familienarbeiterin“?
2. Ist die Familienarbeiterin nicht ein weiteres Zeichen, neben der bereits installierten SIP, der verkleideten Sozialarbeitertruppe, der fortschreitenden Dekadenz unserer Gesellschaft, indem Eltern neuerdings so elementare Sachen gesagt werden, wie dass Kindern Grenzen gesetzt werden müssen?
3. Ist die Einführung einer so genannten Familienarbeiterin schlussendlich nicht auch die Bankrotterklärung der ganzen 68er-Generation und ihrer Anti-Autoritätsideologie, welche meinte, sie täte Gutes, wenn sie ihren Kindern alles erlaubte?
4. Ist es nicht so, dass, wenn man Erziehungsprinzipien, die sich seit Menschengedenken bewährt hatten und die man als Führungsprinzipien auch in der Wirtschaft mit Erfolg anwendet (kommandieren, kontrollieren, korrigieren), nicht als „altmodisch“ oder gar „reaktionär“ bezeichnet hätte und die verfemt wurden, nun solche Zustände nicht hätte, welche nun eingetreten sind, weshalb der Staat sich bemüssigt fühlt zu glauben, eingreifen zu müssen?

5. Ist der Stadtrat der Auffassung, dass unsere Bürger so unmündig sind, dass sich der Staat nun in die intimsten Angelegenheiten der Bürger einmischen müsse?
6. Geht die SVP recht in der Annahme, dass es sich bei der Mehrzahl der zu betreuenden Familien um solche ausländischer Herkunft handelt (damit sind auch solche gemeint, die erst in den letzten Jahren eingebürgert wurden)?
7. Wenn Ja, wie hoch ist deren prozentualer Anteil gemessen an der Gesamtzahl der Problemfamilien, die dann potentielle „Kunden“ der „Familienarbeiterin“ werden?
8. Wird da einmal mehr mal wieder etwas zu verkaufen versucht, indem man vorgibt, das sei kein weiterer Ausbau des Staatsapparates, sondern sogar eine „Sparmassnahme“, wie einem weisgemacht wird mit Verweis auf die Kosten von Fremdplacierungen?
9. Nach dem sog. zweijährigen Pilotprojekt wird es ja zum Definitivum. Wie viele Stellen sind im Vollausbau vorgesehen?
10. Ist es nicht so, dass im Endausbau und zu Ende gedacht, jeder Familie obligatorisch eine Familienarbeiterin zugeteilt wird, auch das selbstverständlich im Rahmen eines „Sparprogramms“?
11. Ist dieses Obligatorium schon angedacht, und wenn nicht, kann der Stadtrat ausschliessen, dass so ein Obligatorium je kommen wird?
12. Will der Stadtrat weitere Stellen für seine links-grünen Wählergruppen schaffen, um sich so längerfristig die Macht in der Stadtregierung zu erhalten?
13. Ist der Stadtrat tatsächlich der Meinung, dass links-grüne und alternative Beamte Kinder besser erziehen können?
14. Die SVP ist der Auffassung, dass die Erziehung der Kinder eine Familienangelegenheit ist, in die sich der Staat nicht einmischen darf. Ist es nun geplant, nach nationalsozialistischem und kommunistischem Vorbild von Unrechtsstaaten eine Einheitsfamilie zu schaffen, die nach dirigistischem Vorbild erzogen werden soll?
15. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass sich seine Sozial- und Familienpolitik kaum mehr von dem unterscheidet, was in den früheren sozialistischen Staaten und im Nationalsozialismus zur ideologischen Grundausstattung gehörte (starke soziale Kontrolle der Bevölkerung von Kindesbeinen an)?

René Kuhn  
namens der SVP-Fraktion